

ERIK LENZ

Zentralbetriebsratsvorsitzender

Mein Name ist Erik Lenz, ich bin Vorsitzender des Zentralbetriebsrates der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt AUVA.

Die AUVA hat etwa 6.300 Mitarbeiter:innen und führt unter anderem 7 Unfallkrankenhäuser und 4 Rehabilitationszentren.

Als Betriebsrat lernt man einerseits Partei in einer Sache zu ergreifen, um die Ziele der Kolleg:innen zu erreichen, andererseits in vermittelnder und neutraler Position zu agieren, beispielsweise bei Konflikten zwischen Kolleg:innen, die ohne eine neutrale Position sicher nicht zufriedenstellend reguliert werden könnten. Und man lernt, wo die neutrale Position und wo die parteiliche Position zielführend oder angebracht ist.

Neutralität beginnt für mich bei einer neutralen Sprache. Sie kennen das sicher: Im Krankenhaus spricht man oft vom „Kreuzband von 207“ oder der „Amputation auf 413“. Man spricht also vereinfacht über die Diagnose, aber man spricht nicht über den Menschen, der hinter der Diagnose steht. Hört sich komisch an, ist aber, wenn man es genau betrachtet, sehr neutral formuliert. Neutralität in der Sprache ist unparteilich, geschlechtslos und wertfrei. Eben das Kreuzband von 207. Attribute würden die Möglichkeit zur Wertung geben.

Vielfach wird in Österreich beklagt, dass die Sprache immer aggressiver, immer rauer wird. Mit neutraler Sprache passiert das nicht. Neutralität deeskaliert. Sie entzieht der Aggression den Nährstoff. Nicht nur in der Sprache. Neutralität ist nicht Teilnahmslosigkeit oder Tatenlosigkeit. Neutralität ist auch nicht die Aufgabe einer eigenen Meinung. Klar Stellung zu beziehen, wenn Völkerrecht gebrochen wird, ist erforderlich.

Um es klar zu sagen: Der Angriffskrieg Russlands ist für mich durch nichts zu rechtfertigen. Aber wenn wir das Leid der betroffenen Menschen beklagen, muss es dann nicht unser Ziel sein, weiteres Leid zu verhindern, statt immer aggressivere Aussagen zu tätigen und uns immer weiter in den Krieg hineinziehen zu lassen? Muss nicht Deeskalation unser Ziel sein? Jeder weitere Tag Krieg ist einer zu viel. Österreich hat in der zweiten Republik – auch bei militärischen Konflikten in der Nähe (Ungarn-Aufstand, Prager Frühling, Slowenienkrieg, Kosovokrieg mit den Luftraumverletzungen durch die NATO) – immer eine neutrale Position eingenommen und hat sich nicht von Kriegsparteien und deren Verbündeten vereinnahmen lassen. Und Österreich hat in der Vergangenheit immer versucht, nach außen friedenspolitische Akzente zu setzen und dabei oft viel erreicht.

Innerhalb Österreichs spüren und zahlen die Arbeitnehmer:innen die Folgen des Krieges in der Ukraine schon jetzt – Stichwort Teuerung oder rasant steigende Energiepreise. Die Arbeitnehmer:innen werden auch die propagierte Aufrüstung Österreichs zahlen, denn sie liefern die überwiegenden Steuermittel. Einige Konzerne und deren Aktionäre werden daran gut verdienen.

Im Gegenzug wird im Gesundheitssystem gespart. Und zwar am Personal, an den Patient:innen und Versicherten. Den Sozialversicherungsträgern wird Geld entzogen. Die Beitragssenkung in der Unfallversicherung trifft so nebenbei auch die Krankenversicherung und verhindert eine Verbesserung von

Leistungen der ÖGK, die vielen Menschen zu Gute käme. So profitieren von der Beitragssenkung vor allem ein paar Großbetriebe.

Wir stecken durch Corona in der größten Gesundheitskrise der letzten 100 Jahre. Die Krise in der Pflege wird seit Jahren immer bestätigt, aber nicht behoben. Fast alle Krankenhäuser haben derzeit wegen Personalmangel Stationen gesperrt, die anderen arbeiten mit Urlaubssperren und einer Vielzahl an Überstunden. Die Wartezeiten auf medizinische Behandlungen steigen. Fachärzte zu finden, die noch Patient:innen nehmen, ist auch schon in Ballungsräumen schwierig. Freiwillige Leistungen an Versicherte und Maßnahmen der sozialen Rehabilitation werden gekürzt, die Prävention reduziert und die Lebenserwartung ist in den letzten zwei Jahren gesunken.

Ich stelle die Frage, ob es nicht ökonomisch und gesundheitspolitisch sinnvoller wäre, Geld statt in Waffen in das Gesundheitswesen zu stecken und die Menschen bei der Bewältigung der steigenden Lebenshaltungskosten zu unterstützen?

Zudem sollte Österreich zur bewährten neutralen Position zurückkehren, die uns lange Zeit ausgezeichnet hat. Das Bundesheer dient dabei der Sicherung der Unverletzlichkeit des Staatsgebiets, die Politik verhindert die Begünstigung von Kriegsparteien und deren Unterstützer:innen. Viele Kolleg:innen, mit denen ich gesprochen habe, wünschen sich wie auch ich, dass Österreich jene unterstützt, die unter den Folgen des Kriegs leiden und sich aktiv an der Sicherung des internationalen Friedens engagiert.

Dipl. Wirtsch. Ing. (FH) Erich Lenz

Zentralbetriebsratsvorsitzender der AUVA

Unsere Neutralität  unsere Sicherheit

www.unsere-neutralität.at